

**Von:** [Brandt Helmut](#)  
**An:** ["kontakt@rentenpolitikwatch.de"](mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de)  
**Thema:** AW: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort  
**Datum:** Dienstag, 31. Mai 2016 09:58:41  
**Anlagen:** \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

---

Sehr geehrte Frau Harms, sehr geehrter Herr Teufel, sehr geehrter Herr Triebe,

zunächst einmal möchte ich mich für Ihr Interesse an meinen rentenpolitischen Zielen bedanken. Damit Politik die Wähler erreicht, ist es wichtig, dass sich diese ein transparentes, aber auch sachliches Bild von ihren Inhalten sowie von ihren Beweggründen und längerfristigen Zielen machen können.

In Zeiten des demographischen Wandels ist die Erhaltung und Weiterentwicklung sozialer Absicherungen wie dem Rentensystem eine besonders große Herausforderung. Ziel muss es sein, ein möglichst hohes Niveau an sozialer Sicherung herzustellen, das gleichzeitig gerecht und finanzierbar ist.

In diesem Sinne möchte ich Ihre Fragen gerne folgendermaßen beantworten:

- 1) Grundsätzlich ist mir ein stabiles Rentenniveau für einen gesicherten Lebensstandard im Alter sehr wichtig. Dies zeigt sich auch in der Arbeit der jetzigen Bundesregierung, die durch Leistungsverbesserungen im Rahmen des Rentenpakets und durch die ordentliche Rentenanpassung in diesem Jahr dazu beigetragen hat, dass sich das Rentenniveau als stabiler erwiesen hat als von manchen Experten vorausgesagt.

Hierbei ist jedoch zu beachten, dass es niemals Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung war, alleine den Lebensstandard zu sichern, auch nicht vor 1990. Vielmehr basiert die ursprüngliche Idee der Alterssicherung auf einem Zusammenspiel von gesetzlicher Rentenversicherung und betrieblicher sowie privater Altersvorsorge. Aus diesem Grunde wird auch in Zukunft eine ergänzende private Vorsorge erforderlich sein. In diesem Zusammenhang darf man schließlich nicht vergessen, dass die heutigen Einzahler in die staatliche Rentenversicherung nicht für sich selbst, sondern für die heutigen Rentner zahlen, sodass es sich um ein Umlageverfahren handelt. Obwohl die immer höhere Lebenserwartung aufgrund der verbesserten medizinischen Versorgung insgesamt eine sehr erfreuliche Entwicklung ist, muss man beachten, dass deren Kehrseite eine längere Rentenlaufzeit gegenüber einer kleineren Gruppe von Beitragszahlern ist. Um einen ausgewogenen Zustand im Sinne der Generationengerechtigkeit zu erreichen und beizubehalten, müssen wir einerseits eine möglichst große Stabilität des Rentenniveaus anstreben, dürfen aber andererseits nicht die berechtigten Interessen künftiger Beitragszahler aus den Augen verlieren. Daher muss das Rentensystem finanzierbar bleiben, sodass das Rentenniveau nicht beliebig angehoben werden kann.

- 2) Was die Frage nach Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut betrifft, so ist zunächst als Bestandsaufnahme festzuhalten, dass die staatliche Rente in Deutschland im Vergleich zu Alterssicherungssystemen in anderen Ländern immer noch ein hohes Niveau hat. Bedenkt man die Tatsache, dass sich die Höhe der Rente an der Höhe des Lohns während der Zeit der Erwerbstätigkeit orientiert, so hat auch die Einführung des Mindestlohnes für viele Menschen Verbesserungen gebracht. Wer dennoch über kein ausreichendes Einkommen im Alter verfügt, hat als Schutz vor Altersarmut Anspruch auf die Grundsicherung. Diese wird aber derzeit nur von wenigen Menschen im Alter benötigt.

Nichtsdestotrotz setze ich mich für weitere Maßnahmen ein, um Altersarmut zu bekämpfen. Hierzu zählt die Einführung der solidarischen Lebensleistungsrente, deren wesentliche Voraussetzungen im Koalitionsvertrag vereinbart sind. Hierbei soll die Umsetzung bis 2017 erfolgen, wobei die Details wie eine mögliche Orientierung an Mindestentgeltpunkten noch endgültig zu klären sind. Darüber hinaus diskutiert meine Fraktion über eine Vorsorgepflicht für Menschen, die aktuell keine Pflichtabsicherung im Alter haben. Letztlich setze ich mich dafür ein, dass bestehende Alterssicherungsmöglichkeiten verbessert werden, um Altersarmut zu bekämpfen: Dies betrifft zum einen die Privatvorsorge, aber auch die Betriebsrente, die gerade in kleineren und mittelständischen Betrieben stärker verbreitet werden soll.

- 3) Was die Erwerbstätigenversicherung betrifft, so ist zunächst zu beachten, dass die Vielfalt verschiedener Vorsorgesysteme historisch gewachsen ist und im Laufe der Zeit ständig den aktuellen Umständen angepasst wurde. Eine Umstellung in Richtung einer Erwerbstätigenversicherung würde das Rentensystem nicht vereinfachen, denn die Vielfalt der Arbeitsverhältnisse würde sich dadurch nicht ändern. Wir müssen uns auch hier zuerst um die kümmern, die bislang gar nicht oder nur zeitweise in einem Pflichtversicherungssystem abgesichert sind. Abgesehen davon bleibt für alle Systeme die demografische Herausforderung. Wenn mit der Zahl der Geburten, die Zahl der Arbeitnehmer und Beitragszahler zurückgeht, dann müssen die, die geboren werden, einen höheren Beitrag zahlen. Dies betrifft jedes System und davon wäre auch eine Erwerbstätigenversicherung betroffen, ohne das Problem tatsächlich zu lösen.
  
- 4) Für eine stärkere Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung braucht man vor allem eine starke Wirtschaft. Also kommt es meiner Meinung nach nicht nur auf die Zahl der Geburten an, sondern auch darauf, ob und wie lange die Menschen Arbeit und ein gutes Gehalt haben. Wenn wir die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken wollen, müssen wir für eine florierende Wirtschaft und produktive Beschäftigung sorgen. Im Übrigen ist schon heute ein Großteil der sogenannten versicherungsfremden Leistungen steuerfinanziert. Ob eine Umleitung von Förderbeträgen in die gesetzliche Rente nachhaltig wäre, ist tatsächlich nicht unumstritten. Allerdings bringt dies kaum Vorteile für das Gesamtversorgungsniveau. Man sollte nicht alles auf eine Karte setzen, sondern die Risiken sowohl umlagefinanziert als auch kapitalgedeckt absichern. Sinnvoller erscheint es daher, die Förderung zielgenauer auszurichten und das drei Säulen-Modell zu stärken.
  
- 5) Die Formulierung der Frage unterstellt die Existenz rentenpolitischer Fehler. Über die Beurteilung, ob und wenn ja, welche Maßnahmen als fehlerhaft anzusehen sind, gibt es jedoch sehr unterschiedliche Meinungen. Der Großteil der vorgenannten Maßnahmen hat zur Stabilität der Alterssicherung beigetragen, wohingegen sich manche als nicht gelungen erwiesen haben. Ich bin der Auffassung, dass wir uns die konkreten Maßnahmen genauer ansehen sollten, bevor wir sie sämtlich als misslungen bezeichnen. Wir behalten die Entwicklung genauestens im Blick und prüfen regelmäßig den politischen und gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Dies gilt auch für alle vorgenannten und vorgeschlagenen Maßnahmen. So wurde bei der Riester-Rente bereits nachjustiert. Außerdem haben wir das Thema Zwangsverrentung aufgegriffen und nehmen auch in den Blick, wie die Ost-West-Rentenangleichung weiter Fortschritte machen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Brandt

-----

Helmut Brandt

Bundestagsabgeordneter für die  
StädteRegion Aachen

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 / 22 77 14 72  
Telefax: 030 / 22 77 64 71

E-Mail:

[helmut.brandt@bundestag.de](mailto:helmut.brandt@bundestag.de)

[www.helmut-brandt.de](http://www.helmut-brandt.de)

[www.facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)

---